

Rechtspopulismus und Geschlechterpolitik in Europa

Tagungsbericht der gleichnamigen Tagung vom 27. und 28. April 2018 in Frankfurt/Main

Von Katrin Springsgut und Tim Veith

Rechte Parteien und rechtspopulistische Bewegungen verzeichnen seit längerem massiven Zulauf und Unterstützung in europäischen Ländern, auch in Deutschland. Galt die Geschlechter- und Gleichstellungspolitik der Europäischen Union lange als Erfolgsgeschichte, können nun auch im EU-Parlament Parteien und Lobbygruppen gegen Genderpolitik und sexuelle Selbstbestimmung mobilisieren. Hierbei handelt es sich nicht nur um nationale Phänomene, sondern auch um Verflechtungen der europäischen mit der nationalen und lokalen Ebene.

Die Tagung hatte zum Ziel, die Verbindungen und Ideologien von EU-weit agierenden rechtspopulistischen Bewegungen zu analysieren, sowie die Instrumentalisierung des EU-Parlaments für Anti-Gender-Bewegungen zu hinterfragen. Wo bestehen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen konservativen und rechtspopulistischen Akteur*innen? Welche Rolle spielen Frauen im männerdominierten Rechtspopulismus? Welche Gegenstrategien und Interventionen werden bereits erfolgreich in den europäischen Ländern durch feministische Gruppen und Organisationen eingesetzt und wo braucht es neue Allianzen?



In ihrer Begrüßung wies *Rosemarie Heilig* (Dezernentin für Umwelt und Frauen der Stadt Frankfurt) auf diesen Zusammenhang am Beispiel der Stadt Frankfurt hin. Auf lokaler Ebene sei zu beobachten, dass die AfD im Frauenausschuss versuche, über Anträge die Mittel für Frauen- und Migrationsprojekte zu

streichen. Dies zeige, dass Frauenrechte sowie ein weltoffenes Europa nicht selbstverständlich sind, sondern immer wieder neu erkämpft werden müssen. Auch *Ulrich Schrader* (Vizepräsident der Frankfurt University of Applied Sciences) betonte in seinen einleitenden Worten, dass sich eine lautstarke Minderheit vor allem über soziale Medien Gehör verschaffe und einzuschüchtern versuche. Die Frankfurt University of Applied Sciences habe deshalb die wichtige Thematik der Anti-Diskriminierung in einer neuen Richtlinie festgehalten. *Mechthild Veil* (Stiftung Frauen in Europa / Heinrich Böll Stiftung Hessen) wies auf die hochaktuelle Bedeutung der Tagung hin, welche Einblicke in die nationalen rechtspopulistischen Netzwerke wie auch in europaweite Verflechtungen gebe.

Das europäische Parlament als Bühne für Anti-Gender-Bewegungen

Auf dem Auftaktpodium kritisierte *Ulrike Lunacek* (ehem. Vize-Präsidentin des Europaparlaments, ehem. Abgeordnete der Grünen, Wien), dass die bereits 1993 auf der Weltmenschensrechtskonferenz und 1995 auf der Weltfrauenkonferenz festgeschriebenen FrauenMenschenrechte bis heute von vielen Mitgliedsstaaten nicht umgesetzt seien. Vor allem in Ländern mit einflussreichen religiös-fundamentalen AkteurInnen seien die Aktionspläne auf großen Widerstand getroffen. Auch die Anti-Diskriminierungsrichtlinie der EU aus dem Jahr 2008 sei bis heute nicht in allen EU-Staaten umgesetzt. Familienrecht und Fragen der sexuellen Selbstbestimmung, wie Abtreibung, liegen weiterhin im Kompetenzbereich der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten.



Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik kann die EU jedoch Einfluss nehmen. In vielen neueren EU-Mitgliedsländern regte sich von Beginn an Widerstand gegen die Gleichstellungspolitik der EU. Lunacek wies darauf hin, dass seit 2014 die sozialdemokratischen Parteien keine Mehrheit mehr im EU-Parlament haben und Frauen- und Genderthemen angefeindet und zurückgedrängt werden. Daher seien die Europawahlen im nächsten Jahr ein wichtiger Indikator für die zukünftige Ausrichtung des Parlaments.

Bereits jetzt seien rechtspopulistische sowie katholisch/christlich/evangelikale Bewegungen sehr aktiv darin, gegen Berichte und Gesetzesvorlagen zu mobilisieren, wie es 2013 mit dem Estrela-Bericht geschehen war. Dieser sah vor, dass Frauen hinsichtlich Sexualerziehung, Verhütung und sicherer Abtreibung eine informierte Entscheidung treffen können. Daraufhin sei es zu einer massiven Gegenkampagne von christlich-fundamentalistischen Parteien und Gruppierungen gekommen. Außer gegen Frauenrechte zur reproduktiven Gesundheit ziehen diese auch gegen gleiche Rechte für LGBTIQ ins Feld. Abgeordnete wurden unter Druck gesetzt, der Bericht wurde schließlich abgelehnt. In 2014 war es trotz großer Proteste möglich, den Lunacek-Bericht im Parlament zu verabschieden, der eine Roadmap gegen Homophobie beinhaltet.

Elena Zacharenko (unabhängige Politikberaterin mit Schwerpunkt Menschenrechte, Brüssel) forscht zu Anti-Gender-Bewegungen auf europäischer Ebene, wie die pro-life „European Dignity Watch“ oder die „One Of Us“-Initiative sogenannter Lebensschützer, deren Ziel es ist, EU-Gelder für Projekte um sexuelle und reproduktive Gesundheit und Gender zu streichen. Dafür nutzen die Initiativen auch neue Instrumente der demokratischen Teilhabe auf EU-Ebene wie die Europäische Bürgerinitiative.



Europaweit entsteht mittlerweile ein Netzwerk verschiedener Gruppierungen und Bewegungen, die jährlich gemeinsame Veranstaltungen organisieren und sich in ihren Aktivitäten koordinieren. Zacharenkos Forschung zeigt, dass momentan rund 14,5% der Mitglieder des Europäischen Parlaments Anti-Gender-Ziele unterstützen. Diese Entwicklungen widersprechen dem Narrativ einer progressiven EU. Zacharenko beobachtet eine immer größere Mobilisierung gegen Berichte auf EU-Ebene, auch Organisationen aus den USA richten Büros in Brüssel ein, um vor Ort bessere Lobbyarbeit gegen Gleichstellungspolitiken leisten zu können. Die EU-Organe sollten aus ihrer Sicht daher noch stärker ihre

normativen Ideale und Werte gegenüber den Mitgliedsstaaten und auf Gesetzesebene in ihrem Kompetenzbereich vertreten.

Weronika Grzebalska (Polish Academy of Sciences, Warschau) forscht zu Militarismus, Nationaler Sicherheit und Rechtspopulistischer Politik aus einer kritischen Genderperspektive. Ergebnisse ihrer Forschung zeigen, dass seit 2012 in Polen und Ungarn eine immer größere Zustimmung zu Anti-Gender-Zielen herrscht, so gab es Proteste gegen Gender Studies-Programme an Universitäten, gegen die Istanbul-Konvention, gegen reproduktive Selbstbestimmung von Frauen, gegen Rechte von sexuellen Minderheiten, gegen Gender Mainstreaming sowie gegen Sexualerziehung in der Schule. Diese Bewegungen sollten jedoch nicht als nationale Phänomene, sondern vielmehr als transnationale Anti-Gender-Bewegungen betrachtet werden, so die Forscherin. Sie bedienen sich ähnlicher Bilder und Begriffe, um gezielt Emotionen hervorzurufen und bestehende Ängste anzusprechen. Grzebalska erläutert, es gäbe nachweisliche Verbindungen unter den Akteur*innen, darunter zählen auch die katholische Kirche, neo-konservative NGO's und westliche Anti-Gender-Intellektuelle. Auch transnationale Finanzflüsse könnten nachgewiesen werden.



Die Organisationen und Parteien bedienen sich demokratischer Teilhabemöglichkeiten und Konzepte, wie etwa Referenden, Demonstrationen, Internetplattformen und Petitionen. Verbindendes Element ist eine christlich fundierte traditionelle Vorstellung von Geschlechterrollen und der Institution Ehe, sowie einer Komplementarität der Geschlechter. Die stagnierende Umsetzung von Gleichstellungsbemühungen in vielen Bereichen und die Tatsache, dass nicht alle Frauen von Maßnahmen wie der Quote profitieren, spielt ihnen dabei in die Hände, so Grzebalska. Sie plädiert dafür, neben den rechtspopulistischen Bewegungen genau zu analysieren, aus welcher nationalstaatlichen und sozialpolitischen Krise heraus sich so viele Bürger*innen von diesen Bewegungen angezogen fühlen. Die zunehmende soziale

Ungleichheit, der Fokus auf Globalisierung, bezahlte Erwerbsarbeit und die Ausblendung unbezahlter Care-Arbeit im Neoliberalismus führe dazu, dass sich viele als Verlierer*innen des momentanen neoliberalen neo-patriarchalen Systems sähen. Bei vielen Menschen entstehe der Eindruck, nur eine kleine elitäre Gruppe von gut ausgebildeten Frauen in Machtpositionen profitiere von der derzeitigen Gleichstellungspolitik. „Gender-Ideologie“ werde so zur Metapher für die neoliberale Politik. Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien verstünden es, einen Gegenentwurf zu präsentieren, der den Nationalstaat, Sicherheit und die Familie ins Zentrum ihrer Politik rücke und einen Wohlfahrtsstaat für die einheimische Bevölkerung propagiere.

Sexismus und Antifeminismus als gemeinsame Klammer konservativer und rechtspopulistischer Akteure?

Dieser Frage widmete sich das erste Panel der Tagung.

Lynn Berg (Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung, Düsseldorf) untersucht, wie und wo in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) Geschlechterpolitik gemacht wird, welche visuellen Strategien die Partei nutzt und welche Anschlüsse an konservative Akteure festzustellen sind. In ihrem Vortrag mit dem Titel „Der ‚Genderwahn‘ des Rechtspopulismus“ macht sie deutlich, dass die AfD „Gender-Ideologie“ als Sammelbegriff benutzt.



Geschlecht wird insbesondere dann verhandelt, wenn es um „klassische“ familienpolitische Themen oder aber um Migration geht. Die AfD setzt sich explizit für Heterosexualität, die Kleinfamilie sowie traditionelle Geschlechterrollen ein. Die Gender-Ideologie, so die AfD, beeinflusse alle Lebensbereiche der Menschen und bedrohe die heterosexuelle Kleinfamilie. Die AfD nutzt verschiedene Strategien um ihre Ansichten zu vermitteln, darunter Komplexitätsreduzierung, Umdeutung von Begriffen, Normsetzung, Diffamierung, sowie Bedrohungsszenarien, da Gender den Erhalt der Bevölkerung gefährde. Gender Studies sollen laut AfD abgeschafft werden. Geschlecht verbindet die AfD dabei Diskurse

um Gleichstellung mit Migrationsthematiken. Das Narrativ der Vollverschleierung wird herangezogen, um die Unterdrückung von Frauen auf „die anderen“ auszulagern. Die AfD arbeitet mit sehr radikalen Bildern, in denen „deutsche“ Frauen als Opfer migrantischer Männer dargestellt werden. Die AfD stellt sich dabei auf die Seite der Opfer, in diesem Szenario also deutscher Frauen und Kinder. Diese Strategie der Kulturalisierung, Gruppenkonstruktion und Zuschreibung hat das Ziel, die deutsche Gesellschaft als offen, liberal und gewaltfrei darzustellen, deren Sicherheit durch Geflüchtete und Einwanderer gefährdet ist. Diese werden pauschal als gewalttätig beschrieben. Die klare Dichotomie definiert ein „wir“, das Volk, sowie zwei vermeintliche Feindgruppen. Zum einen „die Anderen“ (MigrantInnen, die als sexualisiert und gewalttätig dargestellt werden), zum anderen „die da oben“ (staatliche AkteurInnen und ihre Maßnahmen, Gender Mainstreaming, Gender Studies). Seit dem Einzug in den Bundestag, kann die AfD diese Narrative noch stärker in die Gesellschaft tragen. Erschreckend hierbei ist die Übernahme von Begriffen wie „Gender-Ideologie“ auch durch Teile der CSU, die in ihrem Grundsatzpapier diesen Begriff verwendet.

Regina Frey (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Berlin) sieht Anti-Gender-Einstellungen zum einen als neuen Anti-Feminismus und zum anderen als Klammer für verschiedenste Gruppierungen und Akteure, wie maskulinistische, christliche und familialistische Akteure und Online-Seiten wie „WikiMannia“. In ihrem Vortrag stellt sie das Gender-Verständnis rechtspopulistischer Akteure dem Gender-Begriff des zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung gegenüber. Gender wird von konservativen und rechten Akteuren unter anderem als „Gender-Gaga“ (Birgit Kelle, CDU), als „Gender-Wahn“ (NPD) bezeichnet, Gender Mainstreaming als „intellektueller Wohlstandsmüll“ (Beatrice v. Storch, AfD) oder als „Zerstörung der Familie“ (Björn Höcke, AfD). Demgegenüber wird der Gender-Begriff im Gleichstellungsbericht genutzt, um gleichstellungspolitische Ziele abzuleiten. Auch geschlechtsspezifische Diskriminierungen, wie der Gender Pay Gap, Gender Pension Gap und der Gender Care Gap können begrifflich dargestellt werden. Dem traditionellen Familienbild rechter Akteure steht der Wunsch vieler Menschen gegenüber, weniger zu arbeiten und ein ausgeglicheneres Verhältnis von Sorge- und Erwerbsarbeit zu erreichen. Das Familienernährer-Modell, in dem der Mann als Alleinernährer die Familie versorgt, wird nur noch von einem kleinen Teil der Bevölkerung unterstützt. Die Europäische Union möchte hingegen ein „Doppelverdiener*innen“-Modell fördern; in Deutschland wird in den meisten Familien das „Zuverdienerin“-Modell praktiziert, bei dem Frauen in Teilzeit arbeiten und den Hauptteil der unbezahlten Care-Arbeit übernehmen. Laut Frey dienen die Narrative der neurechten Akteure dazu, mittels Mythen und Polemiken die eigene Ideologie des Familialismus und ihre speziellen antidemokratischen Weltbilder zu verdecken. Ihre Partikularinteressen geben sie gleichzeitig als Volkswillen aus.

Weronika Grzebalska (Polish Academy of Sciences, Warschau) geht in ihrer zweiten Präsentation „Backlash or alternative to the (neo)liberal equality paradigm? Gendering illiberal transformations in Central Europe“ genauer auf die Fallbeispiele Ungarn und Polen ein. Sie analysiert die aktuellen Transformationen der staatlichen Regime, in denen Gleichstellungspolitik zugunsten einer traditionellen Familienpolitik zurückgefahren wird. Reproduktive Selbstbestimmung und weitere Frauenrechte sollen demnach eingeschränkt werden, gegen NGO's, die sich für FrauenMenschenrechte einsetzen, wird vorgegangen und ihnen wird die staatliche Förderung entzogen. Statt Frauenförderung rückt eine Familienförderung in den Vordergrund, um dem demographischen Wandel entgegen zu wirken. So soll in Polen das 'Familie 500+ Programm' seit 2016 Paare dazu ermutigen, Kinder zu bekommen. Für Familien mit niedrigem Einkommen werden monatlich 500 Zloty für das erste Kind als Unterstützung gezahlt. Einkommensunabhängig erhalten alle Familien für das zweite oder mehr Kinder ebenfalls 500 Zloty. Das 'Mother+ Programm' unterstützt Frauen mit vier oder mehr Kindern. Neben einer garantierten Rente

erhält eine Mutter auch einen Bonus, wenn zwei Kinder kurz nacheinander zur Welt gebracht werden. Das Programm garantiert kostenlose Medikamente für Schwangere. Der Mindestlohn wurde angehoben. Von Familien mit geringen Einkommen wird dies als reale Verbesserung ihrer Lage gesehen und gut aufgenommen, so Grzebalska. Parallel beobachtet die Forscherin, dass es immer mehr Frauen in rechtspopulistischen Bewegungen in Polen und Ungarn gibt, auch bei pro-life Initiativen sind viele Frauen aktiv. Auch in Fragen der nationalen Sicherheit werden Frauen gezielt angesprochen. Frauen in Polen und Ungarn, die vom neoliberalen Projekt nicht profitieren, werden durch das Versprechen von sozialer Sicherheit angesprochen. Es ist wichtig, dies als Hintergrund dafür zu begreifen, dass so viele Menschen in Polen und Ungarn sich von rechtspopulistischen Versprechen angezogen fühlen, ohne damit deren Unterstützung dieser Bewegungen zu entschuldigen. Sie plädiert für eine genauere Untersuchung der Ursachen dieser Entwicklungen.



Die Beiträge auf dem ersten Panel zeigen, dass Gender beziehungsweise besser Anti-Gender eine Brücke zwischen konservativen und rechtspopulistischen Akteuren schlägt. Die Frage, inwiefern eine neoliberale Politik das Aufkommen von Rechtspopulismus begünstigt hat, wird sowohl auf dem Podium als auch unter den Teilnehmenden sehr kontrovers diskutiert. Ebenso kontrovers - vor allem zwischen Ost und West - wird diskutiert, inwieweit die EU-Gleichstellungspolitik Lücken lässt beziehungsweise unter neoliberalen Vorzeichen Forderungen nach sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit vernachlässigt.

Ist Rechtspopulismus per se antifeministisch?

Das zweite Panel erweiterte die Perspektive um Beispiele des rechtspopulistischen Spektrums aus Frankreich, den Niederlanden, Österreich, sowie Schweden und Finnland.

Stefanie Mayer (FH Campus Wien) beschäftigt sich in ihrem Vortrag „Finger weg von unseren Frauen!!! Sexismus, Frauenrechte und Rassismus im rechten Populismus“ mit der österreichischen FPÖ und ihrer

Politik in Bezug auf Geschlecht. Die FPÖ betrachtet Gender Mainstreaming als totalitären Denkansatz und die von ihnen so bezeichnete Genderideologie als Fortführung des Kommunismus und des absoluten globalen Kapitalismus. So erzeugt die FPÖ ein doppeltes Bedrohungsszenario. Das Volk sei sowohl von der Geschlechterpolitik der EU, als auch durch andere bzw. fremde Akteure bedroht. Hinzu kommt seit der Silvesternacht von Köln die Auslagerung von Antifeminismus und Sexismus auf „Fremde“. Die eigenen Frauen müssen vor „den Fremden“ geschützt werden.



Mayer zeigte in ihrem Beitrag sehr deutlich auf, dass die FPÖ durch „Othering“ versucht, ihre eigene antifeministische Agenda zu vertuschen und Antifeminismus als Problem „der Fremden“ zu beschreiben und damit auszulagern.

Anja Durovic (Centre d'étude européenne, Paris) nahm in ihrem Vortrag „Ein Blick auf die Entwicklung der Stationen der Frauen für den Front National in Frankreich“ besonders die Wähler*innen des Front National in den Blick. In Bezug auf die letzten 29 Jahre zeigt sich, so Durovic, dass heute viermal so viele Frauen den Front National wählen wie 1988. Inhaltlich beschäftigt Durovic sich mit dem sogenannten Radical Right Gender Gap, das besagt, dass Frauen weniger rechtspopulistische Parteien wählen als Männer. Für Frankreich scheint dies allerdings nicht mehr zu gelten, denn spätestens seit den Präsidentschaftswahlen 2017 ist der Front National als „große Partei“ etabliert. Der Radical Right Gender Gap verschwindet in Frankreich bei nationalen Wahlen, findet sich aber noch bei regionalen und EU-Wahlen. Durovic begründet den Erfolg des Front National bei Frauen damit, dass es unter Marine Le Pen, geschieden, berufstätig, „modern“, gelang, den Front National zu entdämonisieren, zu modernisieren, sich als „gayfriendly“ zu inszenieren und damit auch attraktiv für moderne junge Frauen zu werden. Der Faktor Marine Le Pen selbst trug dazu bei, dass 2017 erstmals mehr junge Frauen als Männer den Front

National gewählt hätten. Ob sich diese Entwicklung fortsetzt oder nicht, muss durch weitere Studien und Beobachtungen bei den zukünftigen Wahlen untersucht werden.

Liza Mügge (University of Amsterdam) warf in ihrem Vortrag mit dem Titel „The representation of women in right-wing populist parties in the Netherlands, 1989-2018“ einen Blick auf unterschiedliche rechtspopulistische Parteien in den Niederlanden der letzten dreißig Jahre. Ehe sie auf konkrete Beispiele einging, machte Mügge klar, dass Rechtspopulismus kein homogenes Phänomen sei, sondern es sehr unterschiedliche Typologien rechtspopulistischer Parteien gäbe. Den ersten Typus kennzeichnet der Fokus auf Nation bzw. Volk und die Stigmatisierung des Fremden als Gefahr. Er findet sich bei nationalistischen rechtspopulistischen Parteien. Der zweite Typus, vertreten durch neoliberale rechtspopulistische Parteien, ist vor allem durch eine anti-egalitäre Politik gekennzeichnet. Im Folgenden ging Mügge auf konkrete Beispiele in den Niederlanden ein. So seien die Centrum Democrats und die Party of Freedom dem ersten Typ zuzurechnen und die List Pym Fortyn, sowie das Forum for Democracy dem zweiten Typ. Insgesamt ließen sich jedoch nur wenige direkte Bezüge im niederländischen Rechtspopulismus zur Geschlechterpolitik finden. Jedoch sei ein Fokus auf die traditionelle Kernfamilie sehr deutlich. In Bezug auf Migrationspolitik wird eine Verschränkung von Migration und Geschlecht deutlich. Die „Massenimmigration“, wie sie von Rechtspopulisten genannt wird, wird als Bedrohung für „die eigenen Frauen“ inszeniert und der Islam dämonisiert. Ähnlich wie in Frankreich werden auch in den Niederlanden Frauen sichtbarer in den rechtspopulistischen Parteien. Diese geben oft an, politisch aktiv zu werden, weil sie die Errungenschaften des Feminismus durch den Islam in Gefahr sehen. Zum Abschluss fragte Mügge, ob die feministische Idee von den Rechtspopulisten gekapert werde und betonte, dass trotz aller Abneigung gegenüber dem Rechtspopulismus, Vorverurteilungen eine Gefahr für die Forschung seien.



Im letzten Teil des Panels warf *Katerina Petterson* (University of Helsinki) mit ihrem Vortrag „Is right-wing populism antifeminist in itself? Perspectives from Finland and Sweden“ einen Blick auf das nördliche Europa. Am Beispiel schwedischer und finnischer rechtspopulistischer Parteien und ihrer weiblichen Repräsentantinnen, zeigte sie, dass Blogs und Social Media in Schweden und Finnland eine große Bedeutung für den Rechtspopulismus haben. Sie machte deutlich, dass Frauen wichtige Akteur*innen im Rechtspopulismus sind und auch bedeutsame Positionen in diesen Parteien innehaben. Für diese Parteien und ihre Vertreter*innen ist die Gleichberechtigung bereits voll umgesetzt und werde nun von „den Fremden“ und „den Anderen“ bedroht. Es wird sozusagen eine eigene Definition beziehungsweise Umdeutung von Feminismus vorgenommen. Damit nutzen Rechtspopulist*innen in Schweden und Finnland ähnliche Argumentationsmuster wie in anderen auf diesem Panel vorgestellten Ländern.



Die sich anschließende Diskussion vernetzte die Beiträge untereinander und beschäftigte sich noch stärker mit der Frage, ob nun die rechtspopulistischen Bewegungen als antifeministisch an sich bezeichnet werden können oder nicht. An Hand der Beiträge aus dem ersten Panel, aber besonders aus dem zweiten Panel ergab sich eine vielfältige Diskussion darüber. Während einerseits Antifeminismus eine Klammer zwischen transeuropäischen rechtspopulistischen Bewegungen zu sein scheint, muss für jedes Land auch dessen spezifischer Kontext und die jeweiligen Diskurse betrachtet werden. Einig waren sich alle jedoch, dass Antifeminismus ein fester Bestandteil in den Diskursen rechtspopulistischer Akteur*innen sei. Die Frage, inwieweit Frauen in rechtspopulistischen Parteien als aktiv Mitgestaltende eine Rolle spielten oder aber instrumentalisiert würden bzw. sich instrumentalisieren ließen, lässt sich nicht verallgemeinernd beantworten.

Gegenstrategien und feministische Interventionen

Das Abschlusspodium versammelte Vertreterinnen aus Frauenorganisationen, Wissenschaft, Politik und Medien. *Krystyna Kacpura* (Federation for Women and Family Planning, Warschau) gab eine kurze und

übersichtliche Einführung in die derzeitige Situation in Polen. Dabei hob sie hervor, dass gerade jetzt durch die Politik der PiS und ihre restriktive, konservative Abtreibungspolitik Polen stark politisiert werde. Als Beispiel führte sie den immer noch aktuellen schwarzen Protest der polnischen Frauen und Feminist*innen gegen eine weitere Verschärfung der Abtreibungsgesetze an. Durch diese aktuelle Politik würden so viele Menschen wie noch nie in Polen mobilisiert. *Eszter Kováts* (Friedrich Eber Stiftung, Budapest) fragte in ihrem Input danach, wer denn das „wir“ sei, von dem auf der Tagung gesprochen werde und forderte mehr offene und kontroverse interne Diskussionen darüber ein. Vieles werde in Polen und Ungarn anders wahrgenommen. Eine Stigmatisierung Ungarns als absolutes Negativbeispiel helfe den Feministinnen in Ungarn nicht weiter. Diese hätten mit der letzten Wahl ihren Kampf verloren und könnten jetzt in Ruhe überlegen, wie längerfristige Strategien aussehen könnten. *Filiz Polat* (MdB, Bündnis 90/ Die Grünen) unterstrich, dass die Politik nun Gegenstrategien in der direkten Auseinandersetzung mit der AfD und anderen Rechtspopulist*innen entwickeln müsse. Das gemeinsame Band aller Rechtspopulist*innen sei Nationalismus, Rassismus und Antifeminismus, sowie das Ziel, die Gesellschaft zu spalten. Nun gelte es, Sichtbarkeit gegen Rechtspopulismus zu erzeugen und zu erkennen, dass es sich nicht um neue Strömungen handle, da Rechtspopulismus nicht erst ein Problem seit dem Auftreten der AfD sei. *Margarita Tsomou* (Missy Magazine, Berlin) sprach sich dafür aus parallele Strategien zu erarbeiten und zu nutzen und sowohl die sozialen als auch die kulturellen Dimensionen zu berücksichtigen. Dazu seien noch genauere Analysen notwendig. Sie betonte, dass Rechtspopulist*innen Frauenpolitik als rassistische Politik betrieben und somit feministische und geschlechterpolitische Errungenschaften instrumentalisierten. Es sei wichtig, dass soziale Fragen nicht gegen Fragen von Identitäten ausgespielt würden. Rechtspopulist*innen müssten als das entlarvt werden was sie seien: rechtsextrem und faschistisch. Die Frage ist, wie Identitätsfragen geklärt werden können, ohne unterschiedliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Tsomou schlägt die Bildung neuer transnationaler Allianzen gegen den Rechtspopulismus vor, und sieht die aktuelle Bewegung in Polen als Beispiel dafür an, weite Teile der Gesellschaft für feministische Politik zu mobilisieren.



Diesem Vorschlag schließt sich Filiz Polat an und betont die Wichtigkeit von Demonstrationen. Kováts unterstreicht, dass pro-aktive Strategien mit einer eigenen Agenda wichtiger sind und kurzfristige Abwehrkämpfe zu viel Energie absorbieren. Insgesamt müssen drei Dimensionen berücksichtigt werden, so Tsomou, damit Gegenstrategien wirksam sind. Erstens braucht es Empowerment für alle, zweitens müssen zeitliche und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden und drittens müssen neue Allianzen und Netzwerke geschmiedet.



Die Tagung ermöglichte allen Anwesenden einen tieferen Einblick in aktuelle Entwicklungen in europäischen Nachbarländern und zeichnete sich neben den Expertisen der geladenen Rednerinnen auch durch engagierte Diskussionen der Tagungsteilnehmenden aus. Über den transnationalen, europäischen Austausch konnten neue Ideen entstehen. Eine Fortsetzung der Diskussion sowohl zu unterschiedlichen feministischen Diskursen insbesondere zwischen West- und Osteuropa und zur Frage gesamteuropäischer feministischer Gegenstrategien wäre lohnend.

Katrin Springsgut, Dipl.-Pol., Doktorandin am Institut für Soziologie des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt, seit 2015 Promotionsstipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Frauen- und Geschlechterforschung, soziale Ungleichheits- und Migrationsforschung, qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung. E-Mail: Katrin.Springsgut@stud.uni-frankfurt.de

Tim Veith, Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Universität Siegen, seit 2017 Promotionsstipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema: Queere und normierenden

Körperkonstruktionen in schwulen Zeitschriften in Deutschland, Italien und Polen. Arbeitsschwerpunkte sind queere und schwule Zeitgeschichte seit 1945 in Deutschland, Italien und Polen. E-Mail: tim_veith@posteo.de